



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Hausmitteilung

Universität Paderborn

Paderborn, 1.1984 - 3.1986 = Nr. 1-20

Stiftungsprofessur

urn:nbn:de:hbz:466:1-8630

Dienstleistungsbehörde Ba-fög-Amt und der Studentenschaft unbürokratisch und kooperativ gestaltet. Da Herr Heiermeier selbst während seines Studiums in den studentischen Selbstverwaltungsgremien mitgearbeitet hat, sind ihm die sozialen Anliegen der Studenten vertraut.

Zur Attraktivität einer Hochschule, so der neue Abteilungsleiter, gehören auch die Dienstleistungsangebote des Studentenwerks. Und hier gebe es sicher Bereiche, die noch ausgebaut werden können und müssen, damit die Uni Paderborn auch in den 90er Jahren attraktiv bleibt, meint Heiermeier gegenüber der 'hm'.

Prof. Dr. Hagedorn nahm seine Tätigkeit auf

Paderborn (ghp). Seit dem 1. April ist Prof. Dr. Günter Hagedorn am Fachbereich 2 für das Fach Sportwissenschaft, insbesondere Lernen und Bewegung, tätig.

Hagedorn arbeitete zuletzt elf Jahre lang als Hochschullehrer mit dem Lehr- und Forschungsauftrag "Sensorische Entwicklung und Sozialisation unter Berücksichtigung des Spiels" an der Universität Bremen.

Einige Stationen seines beruflichen Werdegangs: 1967 Promotion in den Fächern Germanistik, Philosophie und Pädagogik; von 1968 bis 1973 Dozent für Spiele und Schulmethodik an der Deutschen Sporthochschule Köln. Es folgte eine einjährige Studienprofessur für Theorie und Praxis der Spiele an eben dieser Hochschule.

Nixdorf stiftet Professur für Sportwissenschaft

Paderborn (ghp). Eine zusätzliche C-4-Professur für die Sportwissenschaftler an der Universität-Gesamthochschule-Paderborn ist nunmehr ausgeschrieben worden. Eigentlich kein Vorgang, der besondere Aufmerksamkeit über den angesprochenen Kreis der Wissenschaftler hinaus verdient hätte. Aber so alltäglich, wie andere Berufungsausschreibungen sein mögen, ist diese ganz und gar nicht. Geht die Einrichtung, dieser Hochschul-lehrer-Stelle im Arbeitsbereich 'Training und Gesundheit' doch zurück auf die Initiative des Computer-Herstellers Heinz Nixdorf, der Uni-GH eine Professur für die Sportwissenschaftler mit den Schwerpunkt Sportmedizin zu stiften.

Fünf Jahre lang wird Nixdorf den Lehrstuhl finanzieren. Aus dem zur Verfügung gestellten Etat werden der Hochschullehrer, seine Mitarbeiter und die anfallenden Sachmittel, etwa für technische Apparaturen, bezahlt.

Der Professor wird als Beamter auf Lebenszeit eingestellt. Mit anderen Worten: nach Ablauf der Stiftungsprofessur übernimmt das Land die Finanzierung der Stelle.

Nixdorfs Angebot wurde vom Rektorat der Hochschule ausdrücklich begrüßt. Die Stiftungsprofessur, die nach den üblichen landesrechtlichen Bestimmungen ausgeschrieben wurde und mit der die Hochschule keine Verpflichtungen, welcher Art

auch immer, gegenüber dem Stifter eingeht, Sorge dafür, so das Rektorat, daß trotz knapper Landeskasse die Forschungs- und Lehrkapazitäten weiter erschlossen und vertieft werden könnten. Für die Sportwissenschaftler sei die Sportmedizin ein wichtiges Standbein.

Die Ausschreibung sieht vor, daß der Bewerber bzw. die Bewerberin die ärztliche Approbation und die Zusatzqualifikation 'Sportmedizin' besitzt und über wissenschaftliche Erfahrungen im Bereich der Sportmedizin verfügt. Ein Schwerpunkt der Aufgaben in der sportmedizinischen Forschung und der sportärztlichen Tätigkeit soll auf dem Gebiet der Prävention und Rehabilitation im Hochleistungs- und Breitensport liegen.

Die Universität-Gesamthochschule bildet derzeit Sportstudenten in den Lehramtsstudiengängen, von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe II, aus. Zudem besteht die Möglichkeit zur Promotion im Fach Sportwissenschaft (Dr. phil.).

Der neue Professor wird voraussichtlich zum Sommersemester 1986 seine Tätigkeit aufnehmen können.

Mikrorechnersysteme für die Lehre

Paderborn (ghp). Die Universität-Gesamthochschule-Paderborn will im Rahmen des sogenannten Computer-Investitions-Programms (CIP) einen Antrag auf Beschaffung von Mikrorechnersystemen für die Lehre in den Ingenieur-, Natur-, Geistes- und Gesellschaftswissenschaften stellen. In dem Antrag heißt es u.a.: "Da heute DV-Leistun-

gen am Arbeitsplatz verfügbar sind, die früher nur von größeren Rechenzentren angeboten werden konnten, hat der Arbeitsplatzrechner eine bedeutende Rolle im beruflichen Umfeld eingenommen. Eine praxisnahe Hochschulbildung muß die Studenten an diesem Einsatz der Informationstechnik vom Beginn des Studiums an heranzuführen."

Nach Meinung der Antragsteller ergeben sich für die Uni-GH gegenüber dem Durchschnittssatz für andere Hochschulen besondere Gesichtspunkte bei der Anschaffung von Arbeitsplatzrechnern, die dezentral aufgestellt, untereinander vernetzt und in hochschulweite Netze integriert werden können. Zum einen durch den technischen Schwerpunkt des Studienangebots, zum anderen durch die Abteilungsstruktur und durch den Akzent, den die Wirtschaftswissenschaften auf die Wirtschaftsinformatik setzen. Ganz zu schweigen von den hohen Studentenzahlen in diesem Fach. Last not least betonen die Antragsteller, daß die Uni-GH-Paderborn die einzige Gesamthochschule mit dem Studiengang Informatik ist, der "neben seiner Ausstrahlung in die Ausbildungskonzepte der anderen Fachbereiche

selbst naturgemäß einen hohen Bedarf hat".

Es wird mit einem Gesamtbedarf von 6 bis 9 Millionen Mark für eine entsprechende Ausstattung mit Computersystemen gerechnet bei einer zu erwartenden Studentenzahl von rund 14 500. Wörtlich heißt es in dem Antrag weiter: "In Anbetracht der knappen Mittel des derzeitigen CIP-Programms wird jetzt ein Gesamtantrag auf der Basis von 207 Arbeitsplätzen (einer je 70 Studenten) und Durchschnittskosten von 20 000 DM (incl. Software und Mehrwertsteuer) vorgelegt. Dementsprechend beantragen wir hiermit für den Zeitraum von 1985 - 1988 Mikrorechnersysteme für die Ausbildung im Umfang von 4,14 Mio DM."

Diese verteilen sich auf die einzelnen Fachbereiche wie folgt: ca. 292 000 DM für die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften (FB 1-FB 4), ca. 803 000 DM für die Wirtschaftswissenschaften (FB 5), ca. 402 000 DM für die Naturwissenschaften (FB 6, FB 13), 1 132 000 für die Ingenieurwissenschaften (FB 10, FB 14), 730 000 DM für die Informatik (FB 17), 600 000 DM für die Abteilungen und für das Hochschulrechenzentrum 181 000 DM.

stehaus und Begegnungstätte" nutzen.

Da saßen sie nun am Podiumstisch vor einer kleinen Schar von rund 20 Interessierten im Hörsaal H 1: Rektor Buttler und Kanzler Hintze als Vertreter der Universität, Willi Ernst als Abgesandter der 'Brauerei-Villa-Initiative'. Wer gekommen war, um mehr als die schon in der Öffentlichkeit gehandelten Argumente zu hören, sah sich enttäuscht. Entscheidungen konnten und sollten an dieser Stelle eh nicht fallen. Was unter dem Strich blieb, war der moralische Appell Ernsts an die Uni, ihren Antrag zu überdenken, da hier zwei ungleiche Partner um die Gunst der Stadt buhlten.

Die Argumente I: Paderborn braucht ein selbstverwaltetes Bürgerzentrum. Ein detailliertes Konzept liegt vor. Die "etablierte Bevölkerung hat genug Begegnungstätten, soziale Randgruppen haben keine Möglichkeit, sich zu versammeln" (Ernst). Eine Menge anderer Gebäude seien "abgecheckt" worden, so der KuKoz- und Initiativgruppenvertreter, keines eigne sich so wie dieses. Das Land hat die finanzielle Unterstützung für ein Bürgerzentrum (700 000 Mark) gegeben. Einschätzung der Initiativgruppen: die endgültige Zusage der Stadt für ihr Projekt steht in Kürze an, wenn nicht die Universität mit ihrem, spät eingegangenen, Antrag die Karten neu gemischt hätte! Zuungunsten der Initiative, so Ernst an die Uni-Vertreter: Ihr Projekt habe zwar nicht den Charakter einer Begegnungsstätte, trotzdem würde sich die Stadt für den Uni-Antrag aussprechen, denn "lokalpolitische Zusammenhänge" und "politisch-verwaltungsmäßige Kungelei" können

AStA lud zum Gespräch über Brauerei - Villa ein

Schattenboxen ohne Ringrichter

Paderborn (ghp). Neue Gräben wurden nicht aufgerissen. Die Gesprächsteilnehmer hielten sich im großen und ganzen an die Vereinbarung: zu informieren, nicht zu streiten. Beide

Seiten legten dar, warum sie einen Antrag auf Nutzung der Brauerei-Villa gestellt haben. Die einen wollen ein "selbstverwaltetes Bürgerzentrum" einrichten, die anderen das Gebäude "als Gä-